



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

126. Sitzung (öffentlich)

3. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:33 Uhr bis 12:21 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe auf nordrhein-westfälische Kommunen	8
– mündlicher Bericht der Landesregierung	
– Wortbeiträge	
2 Spekulationen und Fehlentwicklungen im Wohnungsbau verhindern	32
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/13391	
Schriftliche Anhörung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen Stellungnahme 17/4076 Stellungnahme 17/4082 Stellungnahme 17/4086	

Stellungnahme 17/4073
Stellungnahme 17/4080
Stellungnahme 17/4066
Stellungnahme 17/4091

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen 34

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12059

Stellungnahme 17/4221
Stellungnahme 17/4167

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Gesetzentwurf abzulehnen.

4 Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen 35

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (*Anhörung am 14.06.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

- 5 Kommunale IT-Sicherheit sicherstellen – Aufbau eines zentralen Kommunal-CERT** **37**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13081
- Ausschussprotokoll 17/1483 (*Anhörung am 24.06.2021*)
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.
- 6 Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammergesetz – BauKaG NRW)** **38**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13799
- Schriftliche Anhörung des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/4228
Stellungnahme 17/4253
Stellungnahme 17/4248
Stellungnahme 17/4249
Stellungnahme 17/4119
Stellungnahme 17/4155
Eine weitere Stellungnahme wird erwartet
- Schriftliche Anhörung von Sachverständigen
- keine Wortbeiträge
- 7 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften** **39**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304
- Stellungnahme 17/4209

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände und den Landesverband Lippe sowie bis zum 9. September 2021 eine weitere sachverständige Person pro Fraktion zu benennen.

8 Ein Neustart in der Wohnungspolitik: Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen! 40

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14279

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

9 Innenstädte – neue Räume für die Zukunft 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14262

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine gemeinsame Anhörung zu diesem sowie zum Antrag „Innovationsraum Innenstadt und Einzelhandel im Strukturwandel stärken“ Drucksache 17/13765 durchzuführen.

10 Gesetz zur Neufassung des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz – TIntG) 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14243

Stellungnahme 17/4212

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen und keine gemeinsame Schlussitzung mit dem federführenden Ausschuss durchzuführen.

- 11 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen** **43**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14244
- Stellungnahme 17/4213
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der schriftlichen Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig zu beteiligen und zum Gesetzentwurf in einer gemeinsamen Schlusssitzung mit dem federführenden Ausschuss zu votieren.
- 12 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen** **44**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 13 Sachstand zur Umsetzung der geänderten Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1])** **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5634
- keine Wortbeiträge
- 14 Sachstand zum immateriellen Kulturerbe und Welterbestätten in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 2])** **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5633
- Wortbeiträge

15	Transparenz über die Grundlagen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2022 (GFG 2022) herstellen (<i>Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]</i>)	48
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/5624	
	– Wortbeiträge	
16	Verschiedenes	49
	a) Sitzungstermine	49
	b) Terminierung der Haushaltsberatungen für das Jahr 2022	49
	Der Ausschuss kommt überein, am 1. Oktober 2021 eine Anhörung zum GFG durchzuführen.	
	c) Anhörungen an regulären Sitzungstagen	49
	d) Anhörung zum Baulandmobilisierungsgesetz	49

4 Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12055

Ausschussprotokoll 17/1461 (*Anhörung am 14.06.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Antrag wurde nach Beratung am 27.01.2021 einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Stefan Kämmerling (SPD) bezeichnet Hecken als Antwort auf viele Fragen des Klimawandels, bei denen es sich um ein großartiges, preiswertes und nachhaltiges Mittel gegen Erosion handele. Im Gegensatz zu vorherigen Anträgen gehe es nun nicht mehr um eine Verpflichtung der Landwirte.

Roger Beckamp (AfD) hält den Antrag zwar für in der Sache richtig; allerdings bezögen sich die Stellungnahmen auf einen Antrag der Grünen.

Stephan Haupt (FDP) führt aus, mit dem Pflanzen von Hecken und Feldgehölzen wolle die SPD-Fraktion dem Rückgang der Artenvielfalt begegnen, obwohl es sich nur um einen äußerst kleinen Baustein, mithin nicht um den Königsweg handele, weshalb die Experten darauf auch nicht eingegangen seien. Er begrüßt, dass die Landwirtschaft und die Jäger von der SPD zur Abwechslung zumindest bei der Beschreibung einmal nicht negativ erwähnt würden, wenn sie sich bei den Lösungen trotzdem auf die Biolandwirte beschränke.

Dr. Ralf Nolten (CDU) meint, es sei unbestritten, mehr für die Biodiversität tun zu müssen, wofür es auch Saumstrukturen bedürfe. Allerdings fordere die SPD-Fraktion zu kartieren und Verzeichnisse zu erstellen, obwohl diese Strukturen seit 40 Jahren nach den Anforderungen der flächendeckenden Landschaftsplanung erfasst und die Hecken als geschützte Landschaftsbestandteile dargestellt würden. Die Landschaftsplanung solle aber auch eine Entwicklungsperspektive enthalten, die im SPD-Antrag überhaupt nicht vorkomme.

Er fasst zusammen, der SPD-Antrag führe zu zusätzlichen Aufwendungen der Kommunen bei fragwürdigem Nutzen, ohne dass klar werde, wer die Kosten übernehme. Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstrukturen und des Küstenschutzes sehe bereits eine entsprechende Förderung im Maßnahmenpaket C4 vor. In

Bezug auf die Eingriffsregelung würden Ausgleichsmaßnahmen und Korridorlösungen in der Landschaftsplanung die Bewertung der Feldgehölze mit Blick auf den Quadratmeter besser darstellen als andere Saumstrukturen. Der Antrag hinke der Zeit also wesentlich hinterher, weshalb die Sachverständigen darauf zu Recht nicht eingegangen seien.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.